



Gleichheit

## Reichtum ist Macht

›Wer regiert die Schweiz?‹ So betitelte Hans Tschäni seine Studie (1983), die viel Aufsehen erregte. Darin kritisierte er die wirtschaftlichen Kartelle, die Selbstaufsicht der Banken und die Verflechtung des Staates mit den Verbänden. Tschäni beschrieb, wer mit welchem Auftrag im Parlament politisierte und wie die ›Filzokratie‹ demokratische Prozesse unterlief. Was er erhellte, zeigt sich auch heute. Das Finanzkapital und die Grossindustrie verfügen über viel Macht. Es gelingt ihnen, Teile der politischen Legislative zu übergehen oder zu vereinnahmen. Und die Exekutive verhält sich oft schwach gegenüber wirtschaftlich Starken und stark gegenüber sozial Benachteiligten. Etliche Beispiele belegen diesen Befund. Gleichwohl wissen wir noch viel zu wenig über das Zusammenspiel zentraler Machtgefüge. Eine erste Annäherung versuchten wir in unserer Studie ›Wie Reiche denken und lenken‹ (Mäder, Aratnam, Schilliger 2010). Ich beziehe mich hier darauf und frage, ob die Politik im Kontext der Finanzkrise und Reichtumskonzentration wieder eigenständiger agiert.

### Soziale Brisanz

Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügt heute in der Schweiz über mehr steuerbares Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent (Credit Suisse 2010).<sup>1</sup> Seit den 1980er-Jahren driftet die soziale Ungleichheit in der Schweiz stärker auseinander als in fast allen andern Ländern der Welt. Die Vermögen der 300 Reichsten stiegen (trotz Einbussen durch die Finanzkrise) von 86 Milliarden im Jahr 1989 auf 470 Milliarden Franken im Jahr 2009 (Bilanz, 3.12.2010).<sup>2</sup>

Schweizer Banken verwalten über 4000 Milliarden Franken private Vermögen. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Ausland. Mit einem Marktanteil von 27 Prozent ist die Schweiz der grösste Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist eine Steueroase mit

---

**Ueli Mäder,**  
geboren 1951, ist Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel. Er leitet das Institut für Soziologie sowie das Nachdiplomstudium in Konfliktanalysen und hat auch eine Professur an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral; zusammen mit der Verschwiegenheit und Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu fördern.<sup>3</sup> Die Schweiz nimmt auch bei den direkten Investitio-



Gleichheit

nen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Und Schweizer Investoren spielen auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine zentrale Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz.

Mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenz setzt sich in den 1980er-Jahre vermehrt der angelsächsische Neo-Liberalismus durch. Er forciert die Kapitalgewinne und die Rationalisierung der Produktion. Da es mit der Verteilung hapert, nimmt seither in der Schweiz die Erwerbslosigkeit zu. Zudem sinken die freien verfügbaren Einkommen bei einem Teil der niedrigen Lohnkategorien. Die untersten 25 Prozent der Einzelhaushalte hatten im Jahr 2008 real weniger Geld zum Leben als 1998 (Lampard/Gallusser 2011). 400'000 Arbeitnehmende haben heute bei einer 100 Prozent-Anstellung einen Lohn unter 4000 Franken im Monat (bzw. 22 Franken pro Stunde). Damit verschärft sich die soziale Brisanz.

### Wirtschaft und Politik

Wie Wirtschaft und Politik verknüpft sind, zeigt das Beispiel von Alt-Bundesrat Hans-Rudolf Merz, der Ende 2010 als Vorsteher des Finanzdepartements zurücktrat. Nachdem das Finanzsystem kollabiert war, wollte Merz mit einer Steuersenkung von 50 auf 18 Prozent Hedgefonds in die Schweiz locken. Als Finanzminister, der einst für die UBS arbeitete, holte er Eugen Haltiner, der ebenfalls für die UBS tätig war, in die eidgenössische Bankenkommission. Merz unterstützte Haltiner auch darin, ehemalige Verantwortliche der UBS vor dem Gesetz zu schützen, so Marcel Ospel, Marcel Rohner und Peter Kurer.<sup>4</sup>

Auf Merz folgte im Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann, der zu den Reichsten der Schweiz gehört. Er diente im Maschinenbau-Unternehmen der Familie seiner Ehefrau zunächst als Prokurist, erwarb einen Master of Business Administration an der Kaderschule INSEAD in Fontainebleau, übernahm mehrere Verwaltungsratsmandate und das Präsidium von Swissmem, dem Verband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Von 1999 bis 2010 gehörte Schneider-Ammann auch dem Nationalrat an. Er wirkte hier als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben und setzte sich unter anderem für einen staatlich verbürgten Garantiefonds für Industriekredite ein.<sup>5</sup>

Immer noch im Nationalrat ist seit 1999 der Unternehmer Peter Spuhler (SVP). Er war während der Ära Ospel auch im Verwaltungsrat



Gleichheit

der UBS. Christoph Blocher unterstützte ihn und durfte sich seiner Wahl in den Bundesrat auf die UBS-Bande verlassen.<sup>6</sup>

Seit dem 1. März 2010 ist auch Paul-André Roux im Parlament. Er sitzt in 39 Verwaltungsräten (NZZ am Sonntag, 28.2.2010) und übertrifft damit FDP-Ständerat Rolf Schweizer und FDP-Nationalrat Otto Ineichen, die beide je 18 Verwaltungsratsmandate ausweisen. Die meisten Firmen, die Roux vertritt, sind lediglich im Handelsregister eingetragen. Ihr Sitz befindet sich an der Adresse von Roux' Steuerberatungsbüro. Es handelt sich um Briefkastenfirmen, die hinter ihnen stehende Personen und Zahlungsempfänger anonymisieren.

### Bankiervereinigung und Economiesuisse

»Die Macht der Wirtschaft schwindet«, stellte die BaZ vom 25. Februar 2010 fest. Als Belege führte sie die hilflos wirkenden Haltungen der Economiesuisse<sup>7</sup> zur Abzocker-Initiative und der Bankiersvereinigung<sup>8</sup> zum Informationsaustausch beziehungsweise zur Abgeltungssteuer an. Als Zeuge diente auch Robert Walser, der Senior-Berater beim Think-tank Avenir Suisse. Er beschreibt die Schweiz als Orchester mit vielen Solisten, aber ohne Dirigenten. Und Privatbankier Konrad Hummler vergleicht den Bundesrat sogar mit einem aufgeschreckten »Hühnerhaufen« (SonntagsZeitung, 7.2.2010). Wer von einem automatischen Informationsaustausch mit andern Ländern schwaffe, habe keine Ahnung. Diese Kritik galt auch Patrick Odier, der als Präsident der Bankiervereinigung kurz nach seiner Wahl im Dezember 2009 erklärte, die Schweizer Banken sollten sich von ihren ausländischen Kunden schriftlich bestätigen lassen, ihre Gelder richtig versteuert zu haben. Damit irritierte Odier auch die Bankiervereinigung, die sogleich verlauten liess, das sei nur so eine Idee gewesen. Und Urs Roth, der frühere Geschäftsführer, empfahl der Kundschaft mit un versteuertem Geld, sich an einen externen Steuerberater zu wenden (SonntagsBlick, 21.2.2010), der wisse, wie sich Vermögenswerte effizient legalisieren lassen. Damit scheint die Ordnung wieder hergestellt zu sein. Und bei der UBS demonstriert Chef Oswald Grübel weiterhin seine Macht. Er hat 60'000 Untergebene, droht gerne mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen und dominiert laut NZZ am Sonntag (28.3.2010) auch den Verwaltungsratspräsidenten.<sup>9</sup> Alt Bundesrat Kaspar Villiger akzeptierte schon im Jahr 2009 wieder vier Milliarden Franken Boni, die er dank Finma auf 2,9 Milliarden reduzieren musste. Er genehmigte auch mehrere Millionen Franken Abfindungen für frühere Kader und entlastete einzelne noch vor dem Abschluss einer parlamentarischen Untersuchung.

Der Chef der Economiesuisse sei schon lange kein achter Bundesrat



Gleichheit

mehr, stellte Ständerat Felix Gutzwiller nach der Abstimmung über den Umwandlungssatz bei den Pensionskassen fest (Das Magazin, 12.3.2010).<sup>10</sup> Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stimmte gegen eine Senkung der Rente. Und das trotz einer aufwändigen Kampagne von Economiesuisse, die laut Work (19.2.2010) acht bis zehn Millionen Franken kostete. Economiesuisse weist mit 15 Millionen Franken und über 50 Mitarbeitenden ein grösseres Jahresbudget auf als die politischen Parteien zusammen. Hinzu kommt ein Extra-Fonds für Abstimmungen. Economiesuisse lobbiiert auch intensiv im Bundeshaus. Gleichwohl verliere sie an Einfluss, meint Wirtschaftsjournalist Daniel Zulauf (BaZ, 25.2.2010). Die Abzocker-Initiative jedenfalls, schreibt er, überfordere die Economiesuisse. Der Wirtschaftsverband sei wegen interner Differenzen kaum in der Lage, eine erfolgreiche Gegenstrategie zu entwickeln. Als Beleg für seinen Machtverlust dient auch die Wahl von Gerold Bühler zum Präsidenten des Verbands (2006). Niemand sonst drängte laut der Weltwoche (18.2.2010) in dieses Amt. Und doch verfügt die Economiesuisse nach wie vor über viel Macht.

### Netzwerke und Denkfabriken

»Wo die neue Macht sitzt«, berichtete die NZZ (21.2.2010). Sie porträtierte den 2005 gegründeten Zürcher Club zum Rennweg. Etwas SVP-lastig, stelle er Klubs wie die Rotarier in den Schatten, die traditionell eher freisinnig orientiert seien. Beim Club am Rennweg handelt es sich um eine neue Generation der Schweizer Wirtschaftselite, einem exklusiven Kreis von 200 Personen. Wer dazugehört, bleibt geheim. Clubmitglieder müssen 12'000 Franken Jahresbeitrag zahlen, einem börsenkotierten Unternehmen vorstehen, der Geschäftsleitung einer SMI-Firma angehören oder einen Betrieb mit mindestens tausend Angestellten besitzen. Ausnahmen sind möglich. Der Klub verkörpert den neuen, etwas hedonistisch ausgerichteten Reichtum. Er vereint eine hohe Dichte an Top-Managern und wichtigen Entscheidungsträgern.

»Wer die Schweiz wirklich regiert«, diskutiert auch Viktor Parma in seinem Buch »Machtgier« (2007). Für besonders wichtig hält er das Rive-Reine-Treffen, an dem sich jährlich die 40 wichtigsten Konzernchefs auf Einladung der Nestlé einfinden. An einem dieser Treffen (Tages-Anzeiger, 20.1.2010) drohte dieser Konzern dem Bundesrat damit, die Schokoladenproduktion auszulagern, falls die Landesregierung nicht bereit sei, die Landwirtschaftspolitik rigoros zu liberalisieren, um die Rohstoffpreise noch mehr zu senken. Zu diesen Netzwerken gehören unter anderen auch der Entrepreneur's Roundtable und Rotary Clubs.

Wichtig sind auch das Weltwirtschaftsforum in Davos, die Kommis-



Gleichheit

sion ›Too big to fail‹ oder die Denkfabrik Avenir Suisse. Schweizer Unternehmen gründeten sie 1999 parallel zur Economiesuisse. Eine ihrer Aufgaben besteht darin, die ideologische Hegemonie in der Gesellschaft und die innere Kohäsion der Machtträger zu wahren.

### Trend und Ausblick

Die Schweiz oligarchisiert sich. Das schränkt demokratische Prozesse ein. Erhebliche Mittel fliessen in Medien, Abstimmungen, Interessenverbände und bürgerliche Parteien. Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt kaum dazu, mehr soziale Verantwortung wahrzunehmen. Die Finanz- und Grossindustrie konzentrieren ihre Macht – auch global. Die Politik meldet sich zwar etwas stärker zurück, aber eher unfreiwillig. Wenn die Wirtschaft weniger reüssiert, folgt der Ruf nach der Politik.

Nach dem 2. Weltkrieg tendierte der politisch liberale Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit zu einem sozialen Ausgleich. Mit dem Aufschwung des angelsächsischen Neoliberalismus verkehrte sich dieser egalisierende Prozess. Seither konzentriert sich der Einfluss der Grossindustrie und der Banken. Und das demokratische Korrektiv ist nur beschränkt in der Lage, die Polarisierung bei den verfügbaren Einkommen und Vermögen zu begrenzen.

Der Einfluss multinationaler Konzerne und Finanzinstitute manifestiert sich auch über Manager. Diese haben zwar nicht das Gewicht einer Bankiervereinigung oder einer Economiesuisse, können aber sehr einflussreich sein. Einzelne Manager erhalten extrem hohe Löhne, Boni und Abfindungen. Manager haben in den letzten Jahren an Macht zugelegt. Aufgrund von Fusionen sind viele Unternehmen grösser und von den Besitzstrukturen her komplexer geworden. Die erhöhte Konkurrenz erfordert mehr operative Durchschlagskraft. Die Rationalisierung der Produktion erfordert die Bereitschaft, rigoros Entlassungen vorzunehmen. Zudem sind Gewinnsteigerungen und hohe Dividenden gefragt. Das erhöht die Anforderungen an die Manager, die eigentlich Angestellte sind und in einem Lohnverhältnis stehen. Trotzdem fungieren sie oft als Eigentümer. Sie besitzen einen beträchtlichen Anteil der Aktien. Zudem gehören viele von ihnen zu den Superreichen. Die Generaldirektoren und Konzernmanager lassen sich nicht streng von den vermögenden Grossaktionären trennen. Beide sind durch die Eigentumsverhältnisse und Privilegien eng miteinander verflochten. Ebenfalls verbindend wirkt der gehobene Lebensstil. Manager und Eigentümer finden auch in Verbänden, politischen Gremien und Klubs zusammen. Sie besuchen gleiche Bildungsstätten. Und die Dominanz grosser Firmen hat zu unpersönlichen Besitzverhältnissen geführt. Das alles gewährt ein-



Gleichheit

zelenen Managern einen Machtgewinn. Auch in den Medien stehen sie im Vordergrund. Eine eigentliche ›Wachablösung‹ der Vermögenden durch eine eigene ›Klasse der Manager‹ lässt sich jedoch nicht nachweisen. Das geht aus unserer Studie ›Wie Reiche denken und lenken‹ (Mäder, Aratnam, Schilliger 2010) hervor. Allerdings wissen wir noch viel zu wenig darüber, wer seinen Einfluss auf welche Weise wahrnimmt. Wir bleiben dieser Frage auf der Spur.

## Anmerkungen

- 1 Ein Prozent der Bevölkerung besitzt 58,9 Prozent des Reichtums (Credit Suisse 2010: 120).
- 2 Interessant ist, wie die 300 Reichsten der Schweiz reich geworden sind: die Hälfte durch Erbschaften. 10 Prozent der Erben erhalten drei Viertel der Erbschaften. Und von den gut 40 Milliarden Franken, die im Jahr 2011 vererbt werden, gehen mehr als die Hälfte an (mehrfache) Millionärinnen und Millionäre. Viele von ihnen betrachten diese Geschenke als persönliches Verdienst.
- 3 Die Schweizer Banken verfügen schätzungsweise über 1'000 Milliarden Franken ungesteuerte Privatvermögen aus dem Ausland. 200 Milliarden stammen aus Deutschland. Diese Gelder bringen der Branche jährlich Erträge von mindestens fünf Milliarden Franken. Zudem hilft die Börse den Wohlhabenden, ihre professionell verwalteten Vermögen auch dann zu vermehren, wenn andere Verluste erleiden und die Sparbücher der einfachen Leute stagnieren.
- 4 Hans-Rudolf Merz setzte sich im Bundesrat auch für tiefe Unternehmens- und Gewinnsteuern, degressive Steuern und Pauschalbesteuerungen ein. Der vom ehemaligen UBS-Chef Marcel Ospel empfohlene Bundesrat wehrte sich zudem gegen eine »Bankensteuer à la USA« (Sonntag, 24.1.2010).
- 5 Nebst der Ammann- und der Mikron Technology Group stieg Schneider-Ammann in den Verwaltungsrat der Swatch Group, der Ammobilien AG (Langenthal), der Belenas Clean



Gleichheit

- Power Holding AG (Biel), der Glas Trösch Holding AG (Bützberg), der Insys Industriesysteme AG (Münsingen), der Madisa AG (Bern) und der Mikron Holding AG (Biel) ein.
- 6 Peter Spuhler ist CEO der Stadler Rail Group. Er präsidiert auch den Verwaltungsrat der Aebi Group und hat weitere Verwaltungsratssitze bei der Gleisag (Rorschach) und der Walo Bertschinger Central AG (Zürich).
- 7 Die Economiesuisse ist die Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft. Sie vereint 100 Branchenverbände, 20 kantonale Handelskammern und mehrere grosse Einzelunternehmen. Der Economiesuisse gehören über 30'000 Unternehmen mit 1,5 Millionen Beschäftigten an. Sie besteht seit dem Jahr 2000 und vertritt wirtschaftsliberale Anliegen: weniger Sozialstaat, freier Handel, tiefere Steuern.
- 8 Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) ist der Dachverband der schweizerischen Banken und Kreditinstitute. Ihr gehören knapp 360 Mitgliedsinstitute, die Raiffeisenbanken und rund 16'340 Einzelmitglieder an. Sie vertritt den Schweizer Finanzplatz gegenüber staatlichen Stellen und organisiert die Selbstregulierung in Absprache mit der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht.
- 9 Auch Daniel Vasella, der Verwaltungsratspräsident der Novartis, weist ab und zu wirkungsvoll darauf hin, dass der Hauptsitz in Basel »nicht in Stein gemeisselt« sei. »Vasella warnt die Schweiz«, titelte die BaZ vom 27. Januar 2010), nachdem Vasella erwähnt hatte, die Annahme falscher Initiativen könnte die Pharma vertreiben. Vasella verlegte bereits 1998 seinen Wohnsitz von Basel nach Risch im steuergünstigen Kanton Zug. Dort bezahlt er 38 Prozent weniger Steuern als in Basel. Sein Lohn betrug im Jahr 2009 offiziell 20,5 Millionen Franken (Steuerwert). Die Anlagestiftung Ethos rechnete die Bezüge aufgrund von Marktwerten auf 42 Millionen Franken um.
- 10 Gutzwiller sass bis Herbst 2007 im inzwischen aufgelösten Beirat der Credit Suisse, der zweimal jährlich tagte. Seine Entschädigung dafür betrug 100'000 Franken im Jahr.

## Bücher

- Bundesamt für Sozialversicherungen: Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2010. Eidgenössisches Departement des Innern, Bern.
- Credit Suisse (2010): Global Wealth Databook. Zürich.
- Lampard, Daniel/Gallusser, David (2011): SGB-Verteilungsbericht. Dossier Nr. 77. Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern.
- Mäder, Ueli/Ganga J. Aratnam/Sarah Schilliger (2010): Wie Reiche denken und lenken. Rotpunktverlag, Zürich.
- Packer, Julie/Peer Teuwens (2011): Wohin treibt die Schweiz? – Zehn Ideen für eine bessere Zukunft. Nagel & Kimche, München/Zürich.
- Parma, Viktor (2007): Machtgier. Wer die Schweiz wirklich regiert. Nagel & Kimche, München/Zürich.
- Tschäni, Hans (1983): Wer regiert die Schweiz? Der Einfluss von Lobby und Verbänden. Orell Füssli, Zürich.

## Zeitungen

- BaZ, 27.1.2010: »Vasella warnt die Schweiz«, von Michael Heim.
- BaZ, 25.2.2010: »Die Macht der Wirtschaft schwindet«, von Daniel Zulauf.
- Bilanz, Nr. 22, 3.12.2010: »Die 300 Reichsten«.
- Das Magazin, 12.3.2010: »Post: Hasler baut ab«.
- NZZ, 21.2.2010: »Wo die neue Macht sitzt«, von Francesco Benini.
- NZZ am Sonntag, 28.2.2010: »Der Briefkastenkönig«, von Heidi Gmür.
- NZZ am Sonntag, 28.3.2010: »Herrscher über 60'000.« Von Markus Städeli und Fritz Pfiffner.
- SonntagsBlick, 21.2.2010: »Urs Roth, Schweizer Bankchef«. Urs Roth im Interview mit Roman Seiler.
- SonntagsZeitung, 7.2.2010: »UBS und Bank Bär im Schwitzkasten«, von Lukas Hässig.
- Tages-Anzeiger, 20.1.2010: »Rive-Reine: Die geheimste Konferenz der Schweiz«, von Constantin Seibt.
- Weltwoche, 18.2.2010: »Komplett überrumpelt«, von Carmen Gasser und René Lüchinger.
- Work, 19.2.2010: »Bühners Marschbefehl«, von Matthias Preisser.